

Sitzung Nr. 7 vom 19. August 2014

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Urs Wirth Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Clivia Wullimann Alexander Kohli (Ersatz) Hubert Bläsi Renato Müller Richard Aschberger Marc Willemin (Ersatz) Ivo von Büren Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Aldo Bigolin Heinz Müller
Anwesend von Amtes wegen	Daniel Gäumann, Stadtbaumeister Fabian Ochsenbein, Stadtplaner Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 19.00 Uhr

TRAKTANDEN (2837 - 2849)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 1. Juli 2014
- 2 2837 IR 790 / Budget 2015 / Revision der Ortsplanung / Kreditbewilligung
- 3 2838 Standort einer BMX-Trainingsanlage in der Sportstättenzone / Änderung Entwicklungskonzept mit Masterplan / Genehmigung

- | | | |
|----|------|---|
| 4 | 2839 | IR 340. / Budget 2015 / Schulhaus Eichholz: Street- und Inlinehockeyplatz / Genehmigung Projekt und Vertrag / Gemeindebeitrag / Kreditbewilligung |
| 5 | 2840 | Neuorganisation SMKS |
| 6 | 2841 | Interpellation Clivia Wullimann (SP): Wie weiter mit dem Uhrencup? |
| 7 | 2842 | Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zu rechtlichen Kompetenzen der Stadt Grenchen |
| 8 | 2843 | Interpellation Clivia Wullimann (SP): Frage zu gemeinsamem Sorgerecht |
| 9 | 2844 | Motion Clivia Wullimann (SP): Verlängerter Vaterschaftsurlaub |
| 10 | 2845 | Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur rechtlichen Kompetenz der Stadt Grenchen (zum zweiten) |
| 11 | 2846 | Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur Pensionskasse |
| 12 | 2847 | Interpellation Remo Bill (SP): Planungsstand der SEK 1 Reform in der Stadt Grenchen |
| 13 | 2848 | Interpellation Remo Bill (SP): «BMX - Pisten» auf Grenchens Strassen? Der Unterhalt gewisser Strassen in der Stadt Grenchen lässt zu wünschen übrig |
| 14 | 2849 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- o -

Genehmigung Traktandenliste:

Stadtpräsident François Scheidegger kündigt an, dass das Geschäft „Neuorganisation SMKS“ (Traktandum 5) aufgrund der zahlreichen Bemerkungen und Fragen in den Fraktionen heute nur in 1. Lesung behandelt wird. Die Verwaltung wird dem Gemeinderat in 2. Lesung eine angepasste Vorlage vorlegen.

- o -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 1. Juli 2014 wird mit folgenden Korrekturen genehmigt.

GRB 2820

Finanzplan 2015 – 2019

2. Satz Ziff. 2.3.:

Allerdings ist sie der Meinung, dass man den Selbstfinanzierungsgrad von 6 % (gefordert 70 -100 %) nicht einfach so hinnehmen darf, indem man denkt, dass es dann schon irgendwie gut kommt.

3. Satz Ziff. 2.6.:

Die Idee wäre, dass man die Rechnung abschliesst, danach den Finanzplan erstellt und während/nach den Sommerferien gleich mit dem Budgetprozess voll loslegen kann, wenn dann klar ist, wo die Prioritäten des Finanzplanes liegen.

- 0 -

IR 790 / Budget 2015 / Revision der Ortsplanung / Kreditbewilligung

Vorlage: BAPLUKB 63/04.08.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger begrüsst den neuen Stadtbaumeister Daniel Gäumann, welcher sein Amt am 4. August 2014 angetreten hat, zum ersten Mal im Gemeinderat. Der Start ist ihm gelungen und der Stadtpräsident wünscht ihm viel Freude und Befriedigung bei seiner neuen Tätigkeit in Grenchen.
- 1.2. Daniel Gäumann erläutert die wichtigsten Punkte der Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen (siehe Beilage Baudirektion „Ortsplanungsrevision Grenchen“ vom 27. August 2014). Bei Fragen steht Fabian Ochsenbein, Stadtplaner, gerne zur Verfügung.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Remo Bill führt aus, dass die Siedlungsentwicklung nach innen seit vielen Jahren ein zentrales Thema der Raumplanung in der Schweiz ist. Innere Verdichtung, bauliche Verdichtung und Nachverdichtung entsprechen dem Auftrag des Raumplanungsgesetzes zur haushälterischen Nutzung des Bodens. Die ETH Zürich hatte 2013 in enger Zusammenarbeit mit der Baudirektion in der Stadt Grenchen ein Städtebauseminar durchgeführt. Es wurden Szenarien für die Verdichtung und Aufwertung ausgewählter Quartiere der Stadt Grenchen entwickelt. Neben der quantitativen Erweiterung des Gebäudebestands wurde dabei auch untersucht, welche Voraussetzungen durch gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, um die Lebensqualität verdichteter Quartiere nachhaltig zu gewährleisten. Es entstand so ein wertvoller Beitrag und Denkanstoss für die 2015 anstehende Revision der Bau- und Zonenordnung. Die Ortsplanung ist ein wichtiges Instrument, um die Grundlagen und den Rahmen für die zukünftige Stadtentwicklung von Grenchen zu schaffen. Es braucht für die Revision insbesondere ein Büro mit ausgewiesenen Raum- und Städteplanern. In der Vorlage und im Antrag 3.1.2 wird der erforderlich Gesamtkredit von Fr. 550'000.00 zur Kenntnis genommen und im Antrag 3.1.3 ein Kredit von Fr. 100'000.00 beantragt. Für die SP Fraktion ist das Salami-taktik. Für die Ortsplanungsrevision braucht es einen Gesamtkredit, der nach seinen Abklärungen bei anderen Städten in einem vernünftigen Rahmen ist.

- 2.2. Laut Gemeinderat Hubert Bläsi teilt die FDP Fraktion die Ansicht, dass eine Gesamtüberarbeitung der Ortsplanung anzugehen ist. Es ist eine notwendige Aktion zur Sicherstellung einer zukunftsgerichteten Entwicklung und allenfalls zur Verdichtung der Stadt. Bekanntlich sieht der Richtplan des Kantons neu einen Entwicklungsschwerpunkt im Gebiet von Grenchen-Bettlach vor. Das notabene neben zwei anderen Gebieten im Kanton. Grenchen muss darum bereit sein und seine Planung aktualisiert haben. Übergeordnet könnte man den Bogen sogar noch weiter spannen. Die FDP denkt da an eine Langfristentwicklung zu einer interkantonalen Gartenstadt 'Bettlach-Grenchen-Lengnau-Pieterlen'. Die FDP denkt an eine Zeitspanne von 25 Jahren. Da sind Visionen durchaus erlaubt. Dies auch unter dem logischerweise steigenden Wohn- wie auch Siedlungsdruck infolge von Industrieansiedlungen in Grenchen/Bettlach sowie bekanntlich auch in Lengnau/Pieterlen. Innerstädtisch besteht der Knackpunkt mit zu vielen Lücken, wo eigentümerseitig eine Überbauung quasi verweigert wird. Zugegeben, da haben die Freisinnigen ein Problem, wenn es um die Verfügungsgewalt für Bauland geht. Ein ebenfalls wichtiger Punkt stellt die Digitalisierung auf elektronische Datenträger dar. Da muss etwas Verpasstes nachgeholt werden. Zusammenfassend hält er im Namen der FDP-Fraktion fest, dass die postulierte OP-Revision in Bezug auf ein prosperierendes Grenchen einen wichtigen Puzzleteil darstellt. Er hat noch eine Zusatzbemerkung: In der Detailberatung wird die FDP den Antrag stellen, den im Beschluss erwähnten Betrag als Verpflichtungskredit in einem Rutsch zu bewilligen.
- 2.3. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Ivo von Büren, ist auch für Eintreten auf die Vorlage, aber sie nicht der Meinung, dass ein Blankokredit von Fr. 550'000.00 auf einmal bewilligt werden sollte. Sie will wissen, was mit dem Geld unternommen wird. Er sieht absolut kein Problem darin, alljährlich oder halbjährlich gestützt auf eine Vorlage einen Kredit von Fr. 100'000.00 oder Fr. 150'000.00 zu sprechen. Die SVP bekundet hingegen Mühe damit, einen Rahmenkredit zu sprechen, ohne zu wissen, wofür die Mittel verwendet werden. Niemand kann heute sagen, was es braucht. Erfahrungsgemäss wird Geld, wenn es vorhanden ist, auch ausgegeben. Er macht dem Rat beliebt, gemäss BAPLUK-Beschluss zu fahren. Die Baudirektion wird gebeten, aus Kostenspargründen bei der Ortsplanungsrevision so viele Arbeiten wie möglich inhouse zu erledigen. Dies wurde auch an der Sitzung der BAPLUK so besprochen.
- 2.4. Gemeinderat Marco Crivelli erklärt, dass der glp-/CVP-Fraktion ebenfalls klar ist, dass eine Ortsplanungsrevision nicht nur eine Pflichtarbeit ist, sondern auch eine wichtige und wertvolle Arbeit für die Entwicklung der Stadt Grenchen darstellt. Sie ist wie die SVP-Fraktion der Auffassung, dass man der Vorlage folgen, den Gesamtkredit von Fr. 550'000.00 zur Kenntnis nehmen und einen Kredit von Fr. 100'000.00 bewilligen sollte.
- 2.5. Gemeinderat Alexander Kaufmann, Vizepräsident BAPLUK, war selbst an der BAPLUK-Sitzung dabei. Er erkundigt sich, ob bei der Sprechung eines Verpflichtungskredits von Fr. 550'000.00 trotzdem jede Tranche durch das Budget muss. Braucht es dann einen Nachtragskredit, wenn der Verpflichtungskredit nicht reichen sollte? Wenn der Rahmenkredit von Fr. 550'000.00 heute zur Kenntnis genommen wird, kann er noch angepasst werden, wenn genau feststeht, wie viel das Ganze kostet? Er wäre froh, wenn sich David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, zu den Fragen äussern könnte.
- Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Gemeinderat Hubert Bläsi bezieht sich auf den 3./4. Satz der Ziff. 1.5.2 der Vorlage: „Die ordentlichen Verfahrensentscheide werden durch die zuständigen Planungsbehörden gefällt (BAPLUK/Gemeinderat). Diese werden fortlaufend über den Stand der OP-Revision informiert.“ In welcher Form und Kadenz wird informiert?
- 3.1.1 Daniel Gäumann erklärt, dass die nötigen Verfahrensschritte im Begleitausschuss und in der BAPLUK diskutiert und dann dem Gemeinderat vorgelegt werden. Aufgrund der jährlichen Aufdotierung der Baudirektion mit Mitteln für die Ortsplanungsrevision sieht man klar, wofür die nächsten Gelder beantragt werden. Die Behörden werden dauernd dokumentiert, er kann nicht sagen, ob dies all-, halb- oder vierteljährlich geschehen wird. Nach der öffentlichen Mitwirkung werden die Resultate dem Gemeinderat rasch kundgetan. Es handelt sich um eine rollende Planung.
- 3.2. Remo Bill stellt namens der SP folgenden Antrag: *Der voraussichtlich erforderlichen Gesamtkredit von CHF 550'000.- zu Lasten Rubrik 790 wird genehmigt.*
- 3.2.1 Daniel Gäumann kann dem Antrag nicht zustimmen, da niemand genau weiss, wie viel es gesamthaft kosten wird. Erst nach der Grundlagenarbeit kann eine konkrete Aussage gemacht und ein Kostendach definiert werden, zu dem die Baudirektion auch stehen wird. Jetzt ist es noch zu früh.
- 3.2.2 Für David Baumgartner ist es nicht so relevant, ob man von einem Rahmen- oder einem Verpflichtungskredit spricht. Die Ortsplanungsrevision läuft über mehrere Jahre. Heute sollen nur Fr. 100'000 zu Lasten IR 2015 bewilligt werden, weil man noch keine genauen Angaben zu den Gesamtkosten hat. Das erste Jahr soll als Basis dienen, damit die Kosten genau ermittelt werden können. Erst dann kann geplant und ein Rahmenkredit beantragt werden. Er schlägt dem Gemeinderat vor, zulasten IR 2015 einen Projektierungskredit von Fr. 100'000.00 zu bewilligen. Wenn dann die entsprechenden Daten für die nächsten Jahre vorliegen, kann man einen Rahmenkredit oder einen Verpflichtungskredit von Fr. 450'000.00 beantragen.
- 3.2.3 Remo Bill zieht aufgrund der Ausführungen seinen Antrag zurück.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Das Projekt und der Kostenvoranschlag für die Revision der Ortsplanung Grenchen werden genehmigt.
- 4.1.2 Vom voraussichtlich erforderlichen Gesamtkredit von Fr. 550'000.00 zu Lasten Rubrik 790 wird Kenntnis genommen.
- 4.1.3 Zu Lasten IR 2015, Rubrik 790, Ortsplanungsrevision, wird ein Kredit von Fr. 100'000.00 bewilligt.
- 4.1.4 Von der zu erwartenden Rückerstattung von Fr. 15'000.00 wird Kenntnis genommen.

Vollzug: BD

Beilage: BD/27. August 2014: Zusammenfassung „Ortsplanungsrevision Grenchen“

BAPLUK
BD
FV

6.2 / acs

Standort einer BMX-Trainingsanlage in der Sportstättenzone / Änderung Entwicklungskonzept mit Masterplan / Genehmigung

Vorlage: BAPLUKB 57/30.06.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtpräsident François Scheidegger (Stiftungsrat Velodrome Suisse) würde sich in Ausstand begeben, falls dies jemand wünscht. Es gibt keine Wortmeldungen.
- 1.2. Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv., erläutert anhand von Folien die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen. Er bittet den Rat, das abgeänderte Entwicklungskonzept mit Masterplan für die Sportstättenzone zu genehmigen.
- 1.3. François Scheidegger ergänzt, dass David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, und er die Fussballclubs persönlich informiert haben. Sie haben vom neuen Masterplan Kenntnis. Der Tennisclub ist auch orientiert. Alle haben sich mit den Änderungen einverstanden erklärt. Von der Polizei hat man noch gewisse Inputs betreffend Parkplatzsituation erhalten, welche noch geprüft werden.

2. Eintreten

- 2.1. Laut Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, ist es der SVP-Fraktion wichtig, dass auch weniger medienpräzente Sportarten, welche nicht ein Millionenbudget haben, eine Chance haben. Hier gibt man ihnen eine. Verschiedene Sportarten bereichern die Basis. Die SVP unterstützt deshalb die Vorlage und ist für eine Anpassung des Masterplans.
- 2.2. Die FDP-Fraktion, so Gemeinderat Hubert Bläsi, ist der Meinung, dass eine BMX-Anlage eine Attraktivierung der Stadt darstellt und ein Teil des Gesamtprojektes Velodrome ist. Das Velodrome setzt sich entsprechend dafür ein, dass die BMX-Piste verwirklicht werden kann. Wenn es nur darum geht, den Masterplan anzupassen, muss die FDP keine weiteren Worte mehr darüber verlieren, weil sie davon ausgeht, dass irgendwann einmal eine Vorlage in den Gemeinderat kommt, in der man Details wie Haftungsfragen etc. regeln kann. Er erkundigt sich, ob man gemäss Ziff. 7.2 nicht in den Beschluss aufnehmen sollte, dass noch der Gebrauchsleihevertrag gekündigt werden muss (Kündigungsfrist von 3 Monate). Ansonsten spricht die FDP allen Beteiligten ein grosses Lob aus, dass dieser Platz gefunden werden konnte – er ist für die FDP der richtige. Sie bedankt sich im Voraus, wenn dort etwas Gutes entsteht.

- 2.3. François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass das Geschäft nicht mehr in den Gemeinderat kommt. Die Stadt Grenchen ist weder Eigentümerin noch Werkzeigentümerin. Die für die BMX-Piste benötigte Fläche wird der Stiftung Velodrome Suisse im Baurecht zur Verfügung gestellt. Der Baurechtszins und die übrigen Vertragsbedingungen werden durch die Baudirektion mit der Stiftung Velodrome Suisse ausgehandelt und mittels Antrag des Liegenschaftenausschusses durch die Gemeinderatskommission genehmigt.
- 2.4. Gemäss Gemeinderat Alexander Kaufmann ist es richtig und sinnvoll, die geplante BMX-Piste innerhalb der Sportstättenzone anzusiedeln. Das neue BMX-Projekt wird von der SP-Fraktion ebenfalls getragen und verdient die volle Unterstützung. Mit dieser BMX-Anlage erhält das angestrebte Leistungszentrum eine weitere, wichtige Trainingsanlage und die Stadt sowie auch die Agglomeration von Grenchen werden als nationales Radsportzentrum weiter ausgebaut und auch wahrgenommen. Wie die Vorlage bereits deutlich darauf hinweist, sind die Rahmenbedingungen innerhalb des Masterplanes zu berücksichtigen. Die Sicherstellung der südlichen Fussballfelder Stand heute, wie auch die spätere Erweiterung gemäss Masterplan sind für den Fussballsport Grenchen wichtig und müssen dringend eingehalten werden. Mit dieser Vorlage wird dieses Thema aufgegriffen und ihm entsprechend mit der Änderung des Entwicklungskonzeptes mit Masterplan Rechnung getragen. Die SP-Fraktion unterstützt die Vorlage mit Beschluss gemäss BAPLUK und freut sich auf eine weitere Bereicherung für die Sportstättenzone.
- 2.5. Gemäss neuem Raumplanungsgesetz (RPG), so Gemeinderätin Nicole Hirt, muss verdichtet gebaut werden. Grenchen tut genau das in der Sportstättenzone. Selten ist anderswo ein so vielfältiges Angebot an sportlichen Möglichkeiten derart gebündelt anzutreffen. Die CVP-/glp-Fraktion zeigt sich erfreut darüber, dass die Sportstättenzone um eine Sportart erweitert werden soll, erwiesen sich doch die vorher diskutierten Standorte als suboptimal. Die Agglomeration Grenchen soll das nationale Radsportzentrum werden. Swiss Cycling hat seinen Verbandssitz von Ittigen nach Grenchen verlegt. Nach der Inbetriebnahme des Velodroms und des Bike Cross Trails im letzten Jahr soll nun eine BMX-Trainingsanlage erstellt werden, damit die verschiedenen Radsportarten optimal gefördert werden können. Der vorgeschlagene Standort ist ideal, da er sich nicht nur in der Sportstättenzone befindet, sondern auch vom Velodrome gut und in Kürze zu erreichen ist. Die CVP-/glp-Fraktion ist überzeugt davon, dass Grenchen als Stadt im Grünen durch ein immer breiter werdendes sportliches Angebot an Attraktivität gewinnen wird. Die CVP-/glp-Fraktion stimmt dem abgeänderten Entwicklungskonzept mit Masterplan vom 30. Juni 2014 für die Sportstättenzone zu und dankt allen Beteiligten für die Ausarbeit des vorliegenden Konzeptes.
- Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Hubert Bläsi bezieht sich auf Ziff. 7.2 der Vorlage: Braucht es für die Kündigung des Gebrauchsleihevertrages einen Ratsbeschluss?
- 3.2. Laut Jürg Vifian hat die Baudirektion den Gebrauchsleihevertrag in eigener Kompetenz abgeschlossen, so dass sie ihn auch selbst kündigen kann.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Das abgeänderte Entwicklungskonzept mit Masterplan für die Sportstättenzone vom 30.06.2014 wird genehmigt und ersetzt das Entwicklungskonzept mit Masterplan vom 17. August 2010.
- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, in Koordination mit dem Rechtsdienst den Bauvertragsvertrag vorzubereiten und diesen durch den Liegenschaftenausschuss und die Gemeinderatskommission genehmigen zu lassen.

Vollzug: BD

BD
BAPLUK
RD
FV
SMKS

3.4.5 / acs

IR 340. / Budget 2015 / Schulhaus Eichholz: Street- und Inlinehockeyplatz / Genehmigung Projekt und Vertrag / Gemeindebeitrag / Kreditbewilligung

Vorlage: BAPLUKB 58/30.06.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv., fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

1.2. Dem Vertrag wurden folgende zwei Ziffern hinzugefügt (siehe Beilage):

Ziff. 4.2 Zum betrieblichen Unterhalt gehören insbesondere auch die Reinigung der Spielfelder und die Entfernung von Abfall nach Trainings und Wettkämpfen auf dem gesamten Schulareal und dem angrenzenden Strassenbereich. Für die Abfallentsorgung sind ausschliesslich die dafür bereit gestellten Container zu verwenden.

Ziff. 5.4: Bei Anlässen mit hohem Besucheraufkommen sorgen die Vereine für einen angemessenen Verkehrsdienst. Die Durchfahrt auf der Witmattstrasse muss jederzeit gewährleistet sein.

1.3. Die Verbände haben eine Kostenbeteiligung kategorisch abgelehnt. Die BAPLUK beantragt dem Gemeinderat, einen Gemeindebeitrag im Umfang von 50 % der Nettokosten (Baukosten abzüglich Beitrag aus Lotteriefonds) oder maximal Fr. 180'000.00 an die Investitionskosten zu sprechen.

2. Eintreten

2.1. Gemäss Marc Willemin, Ersatz-Gemeinderat, könnte man bei diesem Geschäft die gleichen Worte benutzen wie im vorhergehenden Traktandum („Standort einer BMX-Trainingsanlage in der Sportstättenzone: Änderung Entwicklungskonzept mit Masterplan; Genehmigung“, GRB 2838/19.08.2014). Auch diese Sportart zieht nicht jedes Wochenende Millionen von Zuschauern vor den Fernseher oder in die Stadien. Aber trotzdem oder genau deswegen sollte dieser Vorlage zugestimmt werden. Die SVP wird die Anträge unterstützen. Es ist schön, wenn alle etwas zum Zuge kommen.

2.2. Die glp-/CVP-Fraktion, so Gemeinderat Andreas Kummer, ist für Eintreten. Zuerst möchte er aber noch seinem Unverständnis Ausdruck geben, dass man es nicht fertig bringt, dass Streethockey auf dem gleichen Feld wie Inlinehockey gespielt werden kann und dass die beiden Sportverbände nicht in der Lage sind, zwei von der Sportart und auch von der Grösse des Spielfeldes her so ähnliche Sportarten auf dem gleichen Feld zu koordinieren. Das kann man im Gemeinderat aber halt nicht ändern.

Es wurde bereits erwähnt, dass es sich um zwei erfolgreiche Sportclubs handelt. Die glp-/CVP-Fraktion ist auch für Jugendförderung, sinnvolle Freizeitbeschäftigung und dafür, dass sich die Jugend bewegt. Es wurden deshalb auch schon entsprechende Gelder gesprochen. Die CVP sieht aber auch, dass die Clubs wenig bis kein Geld haben. Mit dem, was man bisher von ihnen verlangt hat, wären sie überfordert. Deshalb ist die Erhöhung des beschlossenen Beitrags sicher sinnvoll. Man hat sich in der Fraktion auch überlegt, ob man nicht einen Teil als Darlehen gewähren sollte, welches sie dann über Jahre zurückzahlen könnten. Man ist aber wieder davon abgekommen. Die Vereine verdienen kein Geld und ein Darlehen würde sie nur belasten. Weitere Gründe sind, dass die Plätze auch von den Schulen benutzt werden können und die Grünfläche weitestgehend erhalten bleibt. Die Fraktion hat sich auch Gedanken wegen der Sportstättenzone gemacht. Allerdings hat sich der Standort im Eichholz durchaus bewährt, auch von der Lärmbelästigung her etc. In diesem Sinne unterstützt die glp-/CVP-Fraktion die Vorlage und ist für Eintreten.

- 2.3. Wie Gemeinderat Renato Müller ausführt, sind die beiden Vereine Strassenhockey und Inlinehockey Grenchen bekanntlich sportlich gut unterwegs und insbesondere sorgt der SHCG seit Jahren mit mehrfachen Meistertiteln in der höchsten nationalen Liga wie auch im Juniorenbereich für positive Schlagzeilen. Diese sportlichen Erfolge sind beachtlich und das ist aufbauend für den Strassenhockey Club Grenchen aber auch für die Stadt Grenchen eine ausgezeichnete Art, im Bereich Sport und ganz allgemein positiv auf sich aufmerksam zu machen. Gestern Abend besichtigte er die Aussenanlage und konnte sich davon überzeugen, dass die bestehende Infrastruktur (Hartbelag, Bande und Beleuchtung) in die Jahre gekommen ist. Handlungsbedarf ist sehr wohl angezeigt. Gleichzeitig sorgen die neuen Spielbestimmungen des Verbandes ab 2015 für Anpassungsbedarf. Das Anliegen der FDP betreffend Verkehrsdiensregelung, welches in der Fraktionsberatung noch thematisiert wurde, ist gemäss Einleitung von Jürg Vifian bereits in den Entwurf des abzuschliessenden Vertrages aufgenommen worden (neue Ziff. 5.4.). In der Fraktionsberatung wurde das Vorhaben wohlwollend aufgenommen und er kann namens der FDP einbringen, dass die FDP-Fraktion auf dieses Geschäft eintreten und den entsprechenden Investitionskredit für das Jahr 2015 von maximal Fr. 180'000.00 geschlossen gutheissen wird.
- 2.4. Gemeinderätin Angela Kummer schliesst sich ihren Vorrednern an. Auch die SP-Fraktion ist für Eintreten und bewilligt den Kredit für die Vergrösserung des bestehenden und die Erstellung des zusätzlichen Platzes für die Street- und Inlinehockeyvereine auf dem Areal des Schulhauses Eichholz in der Höhe von Fr. 180'000.00, was 50% der Nettokosten entspricht. Grenchen hat viele erfolgreiche und schon lange bestehende Sportvereine. Nun gilt es, einmal auch andere Sportvereine - und nicht nur wie so oft die Fussballvereine - finanziell zu unterstützen. Die SP-Fraktion begrüsst auch, dass die Vereinsmitglieder grosse Eigenleistungen erbringen werden. Sie irritiert aber, dass der Schweizerische Strassenhockeyverband einfach eine Vergrösserung der Spielfelder beschliessen kann, ohne sich selber an den Kosten für den Aus- oder Neubau zu beteiligen. Die SP-Fraktion erklärt sich mit den Ergänzungen (neue Ziffern 4.2 und 5.4) des Vertrages einverstanden und wird den so geänderten Vertrag genehmigen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Das Projekt für die Vergrösserung des bestehenden und die Erstellung des zusätzlichen Platzes für Street- und Inlinehockey beim Schulhaus Eichholz wird genehmigt.
- 4.2. Zu Lasten der Investitionsrechnung 2015, Rubrik 340.xxx.xx, wird ein Gemeindebeitrag im Umfang von 50 % der Nettokosten (Baukosten abzüglich Beitrag aus Lotteriefonds) oder maximal Fr. 180'000.-- an die Investitionskosten bewilligt.
- 4.3. Dem Erlass der Baubewilligungsgebühren wird zugestimmt.
- 4.4. Der Vertrag betreffend der Erstellung der Street- und Inlinehockeyplätze wird genehmigt und der Stadtbaumeister zur Unterzeichnung ermächtigt.

Vollzug: BD

Beilage: Vertrag in der Fassung gemäss GRB 2839/19.08.2014

BD
BAPLUK
RD
SV
FV

3.4.5 / acs

Neuorganisation SMKS

Vorlage: SMKS / KZL/06.08.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Wie Stadtschreiberin Luzia Meister ausführt, behandelt die Vorlage folgende zwei Punkte:

1. *Aufgaben SMKS*

- Die Verfasser der Vorlagen haben sich eng an den Umschreibungen von 2008 bei der Schaffung des SMKS gehalten
- Stellenprozente und Personalkosten sollen nicht grösser werden
- Es soll keine eigentliche MINI-Dienststelle mehr sein
- Die Fach-Aufgaben KuJuSpo und Standortmarketing werden wieder der Stadtkanzlei zugeordnet, wie vor SMKS.
- Die Aufgabe Kommunikation hingegen soll aus praktischen Gründen beim Stadtpräsidenten bleiben:
 - o Die Aufgabe ist abteilungsübergreifend, nicht nur für KuJuSpo
 - o Es ist eine wichtige Aufgabe, die notfalls durch die Weisungsbefugnis des Stadtpräsidenten gestärkt wird.
 - o Sie soll stärker gepflegt werden, verwaltungsextern wie verwaltungsintern
- Bei der Gelegenheit möchte man auch für die Jugendfragen (ausserschulisch) eine Ansprechperson schaffen
- Kommunikation wie KuJuSpo sollen ein Gesicht haben

2. *Aufgabe Stadtentwicklung*

- Wichtig ist hier eine breite Abstützung, und zwar im ganzen Prozess: in der Analyse, Zielsetzung, Lösungsfindung und Umsetzung
- Man geht davon aus, dass hierfür keine neue Stelle geschaffen werden soll. Und eine Einzelperson könnte die Breite der Anforderungen kaum erfüllen, schon gar nicht Teilzeit.
- Leitung durch den Stadtpräsidenten ist entsprechend wichtig, in allen Phasen.
- Der Vollzug geschieht an verschiedensten Stellen. Auch deshalb ist der Stadtpräsident wichtig (Weisungsbefugnis).

Luzia Meister bittet den Rat, auf die Vorlage einzutreten, damit man die Stelle Ku-JuSpo ausschreiben kann.

- 1.2. David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, kann das Votum von Luzia Meister nur unterstreichen. Man hat aus den letzten zwei Jahren, in denen man das SMKS ad interim geleitet hat, die Erkenntnis gewonnen, dass Kommunikation, Kultur/Jugend/Sport und Standortmarketing die drei wichtigen Schlagwörter im SMKS sind und dass drei Gesichter diese Bereiche besser vertreten können als nur ein Kopf. Das durch den SP-Vorstoss aufgegriffene Anliegen „Stadtentwicklung“ ist ebenfalls ein ganz wichtiges Thema. Die neu zu schaffende Plattform sollte dem Stadtpräsidenten angegliedert sein, da in der Stadtentwicklung verschiedene Akteure hineinspielen und der Bereich nicht nur durch eine Person, die Ideen einbringt, repräsentiert werden kann. Die Plattform bietet die Möglichkeit einer breiten Diskussion und der Prioritätensetzung durch den Stadtpräsidenten.

2. Eintreten

- 2.1. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth betont, dass der Vorstoss, die Stadtentwicklung zu prüfen, nicht von der SP stammt, sondern ein überparteiliches Postulat war. Er ist dem Stadtpräsidenten dankbar, dass er das Geschäft dem Gemeinderat in 1. Lesung vorlegt. Es ist sinnvoll, das Geschäft noch einmal genauer anzuschauen. Dies entspricht auch dem Antrag, welcher die SP sonst gestellt hätte. Ein herzlicher Dank der SP-Fraktion geht an alle, die in der Zwischenphase und –zeit, in der das SMKS verwaist war, die zusätzlichen Arbeiten auf sich genommen haben. Es wurde sehr gute Arbeit, verteilt auf verschiedene Köpfe, geleistet. Betreffend Vorlage ist Urs Wirth der Meinung, dass noch Abklärungen bzw. Korrekturen vorgenommen werden müssen, um dann endgültig darüber beschliessen zu können. So wie die Vorlage heute aussieht, genügt sie nicht. Ihm fehlt insbesondere, wie das bei einer so wichtigen Vorlage selbstverständlich wäre, eine Koordination mit den verschiedenen Abteilungen. Einen Hinweis darauf findet er nirgends. So eine Vorlage muss koordiniert sein. Es hat auch gewisse Sachen drin, die er nicht unbedingt nachvollziehen kann. Es wird z.B. einfach gesagt, dass *„eine Person ‚Stadtentwickler‘ für eine Stadt von Grenchens Grösse als nicht erfolgsversprechend beurteilt wird“*. Wer hat diese Aussage gemacht? Woher stammt diese Erkenntnis? Es ist eine Behauptung, die einfach in den Raum gestellt wird. Deshalb kommt das Ganze eher protokollhaft daher. Im Beschlussementwurf wird unter Ziff. 7.6. beantragt, das überparteiliche Postulat abzuschreiben. Seines Erachtens sollte man dies erst nach der Berichterstattung tun, wenn man sie sieht, wie die Plattform „Stadtentwicklung“ organisiert ist bzw. ob sie funktioniert und ob sie die richtige Organisationsform ist. Es wird auch nichts darüber gesagt, wo die Jugendkommission künftig angegliedert ist. Ist sie auch dieser neuen Fachstelle Ku-JuSpo zugeordnet? Wo ist die Integrationskommission? Darüber werden in der Vorlage keine konkreten Aussagen gemacht. Deshalb ist er froh, dass heute nur eine 1. Lesung stattfindet. Es ist nötig, dass eine Neuorganisation des SMKS durchgeführt wird. Er möchte dazu aber eine konkretere Vorlage. Auch die Frage, ob die Stelle „Kommunikation“ dem Stadtpräsidenten unterstellt ist, soll noch einmal genau geprüft werden. Die SP-Fraktion hat sich bei anderen Städten kundig gemacht. Bei vielen ist die Kommunikation jeweils beim Stadtschreiber/bei der Stadtschreiberin angesiedelt. Das muss man also noch ausdiskutieren.

Urs Wirth möchte auch wissen, was die neue Stelle „Kommunikation“ genau zu tun hat. Gibt es schon ein Pflichtenheft oder einen Aufgabenbeschrieb? Aus der Vorlage geht nichts darüber hervor. Die SP ersucht die Verwaltung, die Vorlage nochmals zu überarbeiten. Dann ist er überzeugt, dass der Gemeinderat zu einem guten Entscheid kommt.

2.2. Die FDP-Fraktion, so Alexander Kohli, Ersatz-Gemeinderat, ist froh, dass die Neuregelung des SMKS nun an die Hand genommen wird. Die Zeit drängt. Eine Jointlösung in der Nähe des Stadtpräsidenten ist sicher die richtige Stossrichtung. Die FDP findet auch, dass keine zusätzliche Schaffung eines neuen Superfunktionärs notwendig ist. Ebenso begrüsst sie, dass man sich zum bisherigen Kostenrahmen bekennt, so weiterfährt und nicht darüber hinausgeht. Für die 2. Lesung hat sie noch folgende Hinweise anzubringen:

1. *Organigramm*: Für die FDP sollte eine Organisation, gerade wenn sie einen Jointaspekt darstellt, so in einem Organigramm abgebildet sein, dass es für jedermann verständlich ist. Momentan ist dies ein wenig verwirrend und genügt der Kunst der Organigrammentwerfung nicht. Die FDP ist der Meinung, dass Pflichtenhefte definiert werden sollen, wie es unter Ziff. 4.5.2 zumindest angekündigt ist. Die FDP möchte, dass sie dem Gemeinderat zur Prüfung vorgelegt werden. Die prozentualen Aufgabenzuteilung soll transparent und verständlich mit Tabellen gestaltet sein (inkl. der 20 Stellenprozente „Sport“). Heute liest man dies nur so zwischen den Zeilen.
2. *Führung SMKS*: Die FDP fordert Transparenz darüber, was genau die Aufgabe der Stadtschreiberin im SMKS sein soll, vor allem im Verhältnis zu den übrigen Aufgaben der Stadtschreiberin. Die Stadtschreiberin ist für die FDP eine so zentrale Figur. Sie will deshalb nicht, dass sich die Stadtschreiberin ins SMKS verabschiedet. Das ist ganz klar nicht die Idee der FDP. Dafür ist die Funktion der Stadtschreiberin zu wichtig.

Das sind die konkreten Inputs der FDP-Fraktion. Sie hätte die Vorlage in der gegenwärtigen Form ebenfalls nicht genehmigt, weil sie so nicht akzeptabel ist. Sie stellt fest, dass vieles noch zu unklar bleibt und die Vorlage nicht koordiniert ist. Sie bittet deshalb um Berücksichtigung ihrer Anliegen und freut sich auf die 2. Lesung.

2.3. Laut Gemeinderat Marco Crivelli begrüsst auch die CVP-/gfp-Fraktion, dass Bewegung ins SMKS kommt, ist aber froh, dass es sich heute nur um eine 1. Lesung handelt. Sie hat mehrfach in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass dem Standortmarketing grosses Gewicht gegeben und die Marke 'Grenchen' positiv nach aussen getragen werden muss. Die CVP versteht unter Standortmarketing, dass intensiv Marketing für den Standort Grenchen betrieben wird und nicht - wie bisher - interne Anlässe betreut werden. Aufgrund des vorliegenden Organigramms hat die CVP aber Angst, dass das Standortmarketing ein wenig untergeht. Marketing hat sehr viel mit Kommunikation zu tun. Wenn man etwas verkaufen will, muss man das kommunizieren und gegen aussen tragen. Das macht man heute zum Teil mit den „neuen“ Medien wie Internet, Facebook etc. Genau diese Schnittstelle wird im Organigramm auseinander genommen. Die Kommunikation mit den neuen Medien wird dem Stadtpräsidenten zugeordnet und das Standortmarketing der Stadtschreiberin resp. der Stadtkanzlei angegliedert. Das Auseinandernehmen dieser zwei Themen hält die CVP für falsch. Dies führt zu unnötigen Schnittstellen und Diskussionen darüber, was zu tun hat. Nach Ansicht der CVP müsste es einen Posten „Standortmarketing und Kommunikation“ geben.

Dass das eher koordinative Thema Kultur/Jugend/Sport bei der Stadtschreiberin angesiedelt ist, ist sicher richtig. Ob es wirklich einen „Mister KuJuSpo“ braucht, wie man der Zeitung entnehmen konnte, bezweifelt die CVP. Das Thema Kultur wird bereits heute sehr engagiert gemanagt, bis letztes Jahr hauptsächlich von der ehemaligen Präsidentin der KUKO, Angela Kummer, und seit Beginn der neuen Amtsperiode von Jean-Pierre Thomsen, Präsident KUKO. Das funktioniert eigentlich sehr gut. Die Bereiche Jugend und Sport kann man sicher bei der Stadtschreiberin ansiedeln, wenn es nicht ins Gebiet hineingeht, für welches die Jugendkommission zuständig wäre. Bezüglich Stadtentwicklung geht die CVP mit der Verwaltung einig, dass es nicht eine Person sein kann, welche Stadtentwicklung betreibt. Sie hat sich die Frage gestellt, ob es wirklich ein spezielles Gefäss braucht oder ob „Stadtentwicklung“ nicht als ständiges Traktandum in der Abteilungsvorsteherkonferenz (AVK) aufgenommen werden kann. Wenn man das Organigramm betrachtet, sind in der Plattform fast alle Abteilungsvorsteher vertreten. Sollten in der AVK Projekte oder Ideen auftauchen, welche den Beizug von anderen Fachpersonen oder Stellen notwendig machen, kann man immer noch so ein Gefäss schaffen.

- 2.4. Gemäss Gemeinderat Richard Aschberger wurde in der SVP-Fraktion auch festgestellt, dass die Vorlage nicht koordiniert ist (z.B. mit der Jugendkommission). Er ist ebenfalls der Ansicht, dass zuerst die Pflichtenhefte bzw. Stellenbeschriebe erstellt werden sollten, um dann sehen zu können, wer in welche Stelle hineinpasst. In Ziff. 7.4. des Antrages steht, dass die umschriebenen Stellen neu zu bewerten sind. Geschieht dies wieder über eine externe Firma? Reicht es nicht, wenn das Personalamt die Neubewertungen selbst durchführt?
- 2.5. Die SP-Fraktion, so Gemeinderätin Clivia Wullimann, hat sich schlau gemacht. Normalerweise vergleicht sich Grenchen bei wichtigen Vorlagen mit Solothurn, Olten und Biel. Grenchen ist nicht die einzige Stadt, welche Kommunikation und Standortmarketing betreibt. Es hat sich gezeigt, dass die Kommunikation in Solothurn, Olten und Biel beim Stadtschreiber angegliedert ist. Die Stadt Olten hat ein Kommunikationskonzept. Es wäre deshalb sinnvoll, wenn sich die Verwaltung dieses beschaffen und schauen könnte, wie die Angelegenheit in Olten geregelt ist. Schliesslich muss das Rad ja nicht immer neu erfunden werden. Sie gibt der FDP recht, dass das Organigramm nicht brauchbar ist. Sie findet auch nicht gut, dass das Standortmarketing, die Fachstelle KuJuSpo und die Kommunikation auseinander genommen werden. Es ist auch unbehelflich, wenn in der Fraktionssitzung seitens Verwaltung gesagt wird, dass man eigentlich kein Organigramm braucht, weil alle gut miteinander auskommen. Dann kann man gleich alle Organigramme abschaffen. So etwas geht ihres Erachtens natürlich nicht. Die SP-Fraktion fordert, dass die Vorlage nochmals überarbeitet und geprüft wird, welche Lösungen die anderen Gemeinden haben. Man sollte nicht den Fehler begehen, ein Organigramm um eine Person herum aufzustellen – und sei sie noch so fähig. Die Organisationsstruktur muss unabhängig von Personen konzipiert sein. Wenn die Konsequenz der Neuorganisation SMKS ist, dass Luzia Meister nicht mehr in ihrer Hauptfunktion Stadtschreiberin sein soll, findet das die SP nicht gut. Sie möchte, wie Alexander Kohli von der FDP bereits erwähnt hat, die Stadtschreiberin nicht aus der Verantwortung entlassen. Es muss genau geklärt werden, welche Aufgaben sie in Zukunft erfüllen muss.

Clivia Wullimann gibt zu bedenken, dass die Stadtschreiberin mit der Wahl des neuen Rechtskonsulenten auch die Leitung des Rechtsdienstes abgibt, so dass man dann von der Funktion her einen „Eunuchen“-Stadtschreiber hat. Das kann sicher nicht die Meinung sein. Man tut gut daran, die Vorlage zu überarbeiten und ein sauberes Konzept zu schaffen, inkl. einem Organigramm, welches klar aufzeigt, wer welche Funktion und Aufgaben hat.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. François Scheidegger wurde an der gestrigen JUKO-Sitzung ebenfalls zurückgemeldet, dass keine Koordination mit der Jugendkommission stattgefunden hat. Die Jugendkommission und die Integrationskommission waren die Geburtshelfer des Postulats „Konzept einer Stelle Stadtentwicklung“ und sind deshalb zu begrüßen, ebenfalls die Wirtschaftsförderung, welche 2008 bei der Ausarbeitung der GR-Vorlage „Integration von Standortmarketing, Amt für Kultur und Sport“ massgeblich beteiligt war. Der Bereich Kommunikation und die Frage, wie man Grenchen am besten vermarktet, sind wichtig. Im Postulat ist von einem Konzept einer Stelle „Stadtentwicklung“ die Rede. Der Vorschlag der Verwaltung ist, eine Plattform zu schaffen. Wie das Gremium genau aussehen soll, muss noch geklärt werden. Für ihn ist der Vorschlag vernünftig. Minipensen sind schwierig. Im Übrigen ist die Stadtentwicklung im engeren Sinne im Pflichtenheft des Stadtbaumeisters enthalten. Vorliegendenfalls ist der Begriff im erweiterten Sinne gemeint.
- 3.2.1 Luzia Meister gibt zu bedenken, dass die Stadtentwicklung eine zu breite Aufgabe für eine einzige Person ist. Mit einer 100-Prozent-Stelle alle Themen der Stadtentwicklung abdecken zu wollen, ist nicht realistisch. Entweder wird ein Mitarbeiter „verheizt“, bzw. „verbrennt“ oder man findet niemanden. Die Aufgaben sind bereits in verschiedenen Gremien drin, z.B. beim Stadtpräsident oder beim Gemeinderat. Welche Funktion hätte die Person dann genau?
- 3.2.2 Gemeinderat Remo Bill macht darauf aufmerksam, dass Thomas Kessler, Leiter der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt, im Dezember 2013 einen sehr interessanten Vortrag im Parktheater Grenchen gehalten hat. Man sollte sich entsprechend informieren und das einmal anschauen.
- 3.2.3 Luzia Meister entgegnet, dass die Stadt Basel zwanzig Mal grösser als Grenchen ist und andere Rahmenbedingungen hat. Selbstverständlich wurde das Beispiel Basel hinzugezogen. Sie kennt Thomas Kessler persönlich.
- 3.2.4 Gemeinderat Andreas Kummer ist der Ansicht, dass Stadtentwicklung nicht nur durch die Verwaltung (Abteilungsvorsteher) betrieben wird, sondern auch mit Politik zu tun. Für ihn sind alle Gemeinderäte Stadtentwickler, oberster Stadtentwickler ist der Stadtpräsident. Alle wurden gewählt, um die Stadt zu entwickeln. Auch der Stadtbaumeister und der Stadtplaner sind in baulicher und architektonischer Hinsicht Stadtentwickler. Eine Stelle „Stadtentwicklung“ hält die CVP-Fraktion nicht für nötig. Deshalb hat die CVP das Postulat auch nicht unterzeichnet. Die Person „Stadtentwickler“ wäre nur ein Durchlauferhitzer. Eine Plattform, welche projektbezogen eingesetzt werden kann, könnte sich die CVP noch eher vorstellen, weil es alle betrifft. Stadtentwicklung ist ein Dauerauftrag der Politik und Verwaltung.
- 3.2.5 François Scheidegger erinnert an die Task Force „Wohnen und Soziales“. Das wäre die ureigene Aufgabe dieser neuen Plattform.

- 3.2.6 Gemeinderat Hubert Bläsi verweist auf die Studien der ETH und der Fachhochschule Burgdorf, welche Stadtbaumeister Daniel Gäumann erwähnt hat. Man sollte die Inputs nutzen, wenn sie für die Stadt Grenchen stimmig sind. Er schliesst sich der Meinung an, dass alle Stadtentwickler sind und es daher keine Stelle „Stadtentwickler“ bzw. keine Plattform braucht, welche sich dieser Sache im Speziellen annimmt.
- 3.2.7 Gemeinderat Ivo von Büren sieht auch nicht, dass eine Person angestellt wird, welche diese Aufgabe übernimmt. Für ihn kommt auch eher ein spezielles Gefäss in Frage, in dem die verschiedenen Themen erörtert werden können.
- 3.3. *Zuordnung der Aufgabe Kommunikation*
- 3.3.1 François Scheidegger weist darauf hin, dass das SMKS und somit auch der Bereich Kommunikation gemäss GR-Vorlage von 2008 bisher dem Stadtpräsidenten unterstellt war. Die Zuordnung der Aufgabe Kommunikation zum Stadtpräsidium entspricht somit dem Status quo.
- 3.3.2 Für die Aufgabe „Kommunikation“, so Clivia Wullimann, sind in Grenchen 70 Stellenprozente vorgesehen (ein Teil davon soll die Stadtschreiberin entlasten). In den meisten Städten ist die Kommunikation dem Stadtschreiber unterstellt. Man sollte sich einmal das Kommunikationskonzept der Stadt Olten zu Gemüte führen (drin ist geregelt, dass der Stadtschreiber die Leitung des Informationsstabes inne hat).
- 3.3.3 François Scheidegger erwähnt, dass im Jahr 2009 in der Stadtverwaltung die Schulung „*Bewältigung & Kommunikation von Vorfällen und niederschweligen Ereignissen im Verantwortungsbereich der Einwohnergemeinde*“ durchgeführt wurde. Dazu wurde ein detailliertes Handbuch erarbeitet.
- 3.4. *Angliederung der Jugendkommission*
- 3.4.1 François Scheidegger regt an, die Frage der Angliederung der Jugendkommission noch in die Vorlage aufzunehmen. Von der Logik her gehören das Sekretariat und die Protokollführung der Jugendkommission auch in das neu zu organisierende SMKS. Dies macht Sinn, auch aus Gründen der Koordination. Die Integrationskommission ist bereits bei der Stadtkanzlei angegliedert.
- 3.5. *Organigramm*
- 3.5.1 Die Verwaltung, so François Scheidegger, wird das Organigramm überarbeiten.
- 3.6. *Pflichtenhefte*
- 3.6.1 Für François Scheidegger macht das Vorlegen der Pflichtenhefte Sinn, wenn man hier schon solche Dokumente ausarbeitet.
- 3.6.2 Gemäss Luzia Meister war der Plan, sich zuerst vom Gemeinderat das grobe Organigramm absegnen zu lassen, dann das Organigramm zu verfeinern, schliesslich die Stellen durch einen externen Berater bewerten zu lassen und zuletzt dem Gemeinderat eine Vorlage mit den Neueinstufungen vorzulegen. Ziel ist es, eine neue Organisation aufzustellen, welche nicht teurer ist. Sie ist deshalb der Ansicht, dass man mit den Stellenbeschrieben noch zuwarten sollte.
- 3.6.3 Alexander Kohli betont, dass er von Pflichtenheften und nicht von Stellenbeschrieben gesprochen hat. Die FDP-Fraktion will nicht die Katze im Sack kaufen.
- 3.6.4 Auch die SP-Fraktion, so Angela Kummer, möchte wissen, welche Stelle welche Aufgaben hat.

- 3.6.5 Luzia Meister weist darauf hin, dass sich die Kommissionen selbst konstituieren. Auch die Plattform soll ihre Ziele selbst definieren können, gerade weil ihre Aufgabe nicht geklärt ist.
- 3.7 *Detaillierte Angaben zu Stellenprozenten (Standortmarketing, Kommunikation, Kultur, Jugend, Sport)*
- 3.7.1 Luzia Meister bittet um Verständnis, dass konkrete Aussagen schwierig sind. Wie ordnete man einen Jugendkultur-Anlass zu? Es kann zum Teil enorm schwanken. Sie kann nur grobe Angaben machen, da es sich um eine bewegliche Masse handelt.
- 3.7.2 François Scheidegger erinnert daran, dass bei der Schaffung der Dienststelle SMKS 20 Stellenprozent für den Bereich Sport reserviert waren. Wenn man schon bewilligte Stellenprozente „Sport“ hat, sollte man diese auch für diesen Bereich einsetzen. Dem Sport soll ein Gesicht gegeben und nicht die Stellenprozente Sport für Events und Kultur verwendet werden.
- 3.8 *Höhere Gewichtung Standortmarketing*
- 3.8.1 Die Verwaltung, so François Scheidegger, wird die wichtige Aufgabe des Standortmarketings in der Vorlage detaillierter ausführen (evtl. mit Stellenprozenten).
- 3.9 *Stadtentwicklung als stehendes Traktandum der Abteilungsvorsteherkonferenz, Plattform nur bei Bedarf*
- 3.9.1 Die Verwaltung, so François Scheidegger, nimmt dieses Anliegen auf.

Es ergeht folgender

4. Beschluss
- 4.1. Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

SMKS
FV
JUKO
IK
Wifö
KUKO
PA

8.5.6 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Wie weiter mit dem Uhrencup?

Vorlage: KZL/04.07.2014

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgende dringliche Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Was hat die Stadt in den vergangenen sechs Monaten unternommen, um den Uhrencup nicht nach Biel zu verlieren?*

Begründung:

Es muss hier nicht ausgeführt werden, dass der Uhrencup ein sehr bedeutender Anlass für Grenchen ist. Von der Stadt hat man zu diesem Thema äusserst wenig gehört.

2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann war schon ein wenig überrascht von der Beantwortung. Sie weiss eigentlich, dass der Uhrencup eine 50-jährige Tradition hat und für Grenchen wahnsinnig bedeutend ist - das muss man ihr nicht sagen. Etwa zehn Zeilen behandeln die Wichtigkeit des Uhrencups. Diese hat sie bereits selbst in ihrem Interpellationstext herausgestrichen. Sie erinnert daran, dass der Anlass für die Interpellation die Schlagzeile war, dass der Uhrencup aufgrund des neuen Stadions nach Biel abwandern könnte. Sie wollte deshalb wissen, was man in den letzten sechs Monaten unternommen hat. Die nichtssagenden Sätze in der Antwort gebe keine Auskunft darüber, ob man aufgrund der Meldung im Bieler Tagblatt die Verantwortlichen Uhrencup kontaktiert hat. Die Antwort ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Sie erklärt sich nicht befriedigt von der Antwort.

4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

FV
SMKS
BD

3.4.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zu rechtlichen Kompetenzen der Stadt Grenchen

Vorlage: KZL/06.08.2014

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Wer macht zurzeit die rechtlichen Abklärungen für die Stadt Grenchen?*
 2. *Wie werden diese Leute, die für diese Abklärungen zuständig sind, entschädigt?*
 3. *Unter welchen Budgetposten werden die Aufträge, welche für die externen Anwälte bestimmt sind, abgerechnet?*
 4. *Wie hoch sind die Ausgaben für diesen Budgetposten?*
 5. *Welche Personen wurden seit Beginn dieses Jahres aus diesem Budgetposten entschädigt?*

2. Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann hat heute ein zweite Interpellation „Fragen zu rechtlichen Kompetenzen (zum zweiten)“ eingereicht (GRB 2845/19.08.2014). Dort werden bzw. müssen die Fragen wahrscheinlich genauer beantwortet werden. Sie erklärt sich von der Antwort nicht befriedigt.
- 3.2. Stadtpräsident François Scheidegger wäre froh, wenn Clivia Wullimann darlegen könnte, warum sie nicht befriedigt ist. Dies zu wissen, wäre für die Verwaltung wertvoll.

- 3.3. Clivia Wullimann erklärt, dass man den Fragen in der zweiten Interpellation entnehmen kann, warum sie nicht befriedigt ist.
- 3.4. François Scheidegger ist der Auffassung, dass er erwarten darf, dass man der Verwaltung heute sagt, warum genau man nicht befriedigt ist.
- 3.5. Clivia Wullimann ist der Ansicht, dass das, was sie hier sagt, immer noch ihre Sache ist. Wenn sie erklärt, dass sie nicht befriedigt ist, dann ist sie nicht befriedigt, und der Stadtpräsident muss dies so zur Kenntnis nehmen.
4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

RD
FV
PA

0.2.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Frage zu gemeinsamem Sorgerecht

Vorlage: KZL/03.07.2014

1. Mit Datum vom 1. Juli 2014 reichte Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Wie stellen die Schulen sicher, dass der nicht obhutsberechtigte Elternteil Kenntnis von wichtigen Schreiben (wie z.B. Einladung zum Elterngespräch) erhält?*

Begründung:

Am 1. Juli 2014 ist das gemeinsame Sorgerecht in Kraft getreten. Als praktizierende Anwältin erlebe ich es immer wieder, dass die Schule zu einem Elterngespräch einlädt. Dieses Schreiben geht aber nur an den obhutsberechtigten Elternteil. Der andere Elternteil hat oft keine Kenntnis davon. Damit das gemeinsame Sorgerecht wirklich gemeinsam ausgeübt werden kann, ist der nichtobhutsberechtigte Elternteil auf die wichtigen Informationen der Schule angewiesen.

2 Beantwortung

- 2.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger wurde die Interpellation vom Stadtpräsidium beantwortet. Die Interpellationsantwort wurde mit den Unterlagen zum heutigen Gemeinderat versandt und wird nicht mehr verlesen. Der Interpellant kann sich mit kurzer Begründung von der Antwort befriedigt, teilweise befriedigt oder nicht befriedigt erklären (§ 35 Abs. 3 GO). Eine Diskussion findet nur auf Antrag und nach Beschluss der Mehrheit der Stimmenden statt (§ 35 Abs. 4 GO).

3. Begründung

- 3.1. Gemeinderätin Clivia Wullimann geht davon aus, dass die Schulen die Antwort geliefert haben, und zeigt sich hochbefriedigt, dass die Schulen Informationen an den nichtobhutsberechtigten Elternteil versenden. Es ist wichtig, dass beide Elternteile wissen, was in der Schule passiert. Sie erklärt sich von der Antwort befriedigt.

4. Es liegt kein Antrag auf Diskussion vor. Das Geschäft wird damit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

GLSG
FKSG
SV

2.0.0 / acs

Motion Clivia Wullimann (SP): Verlängerter Vaterschaftsurlaub

1. Mit Schreiben vom 19. August 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende Motion ein:

1.1. Motionstext

Ausgangslage.

Das bisherige Personalreglement der Stadt Grenchen gewährt einen Vaterschaftsurlaub von zwei Tagen.

In einer repräsentativen Umfrage der Westschweizer Zeitschrift „L'Hebdo“ haben sich bereits vor sechs Jahren 79 % der Befragten für einen bezahlten Urlaub für Väter ausgesprochen.

Der Bund gewährt ab dem 1. Juli 2014 für die Geburt eines Kindes zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Die Stadt Grenchen will zu Recht ein moderner Arbeitgeber sein. Damit die Stadt diesem Anliegen gerecht wird, ist es auch von Nöten das Gesetz anzupassen und den zukünftigen Vätern einen Vaterschaftsurlaub von mindestens einer Woche zu gewähren.

Die Kosten würden sich in Grenzen halten.

2. Über die Erheblichkeit der Motion wird an der nächsten oder übernächsten Ratssitzung abgestimmt.

PA
RD
FV
PK

0.2.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur rechtlichen Kompetenz der Stadt Grenchen (zum zweiten)

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:
 - 1.1. Interpellationstext:
 1. *Weshalb wurde der Arbeitsvertrag mit dem bisherigen Juristen der Stadt Grenchen beendet?*
 2. *Wer hat ihn wieder angestellt?*
 3. *Wie waren die organisatorischen Unterstellungen im Rechtsdienst seit Beginn des Jahres geregelt?*
 4. *Gab es bei Unterstellung gewisse Veränderungen und wenn ja welche?*
 5. *Der bisherige Jurist, welche sicher eine Kaderfunktion innehatte, wurde im Stundenlohn angestellt. Nach welchen gesetzlichen Grundlagen ist dies möglich?*
 6. *Wie hoch war der Stundenansatz? Wie hoch war vorher sein Ansatz?*
 7. *Wie viele Stunden war er bisher für die Stadt tätig, seit er im Stundenansatz „angestellt“ ist?*
2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

RD
PA
FV

0.2.2 / acs

Interpellation Clivia Wullimann (SP): Fragen zur Pensionskasse

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reicht Clivia Wullimann (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Ausgangslage:

Die bisherige Mitarbeiterin, welche die Buchhaltung der Pensionskasse führte und den Mitarbeitern Auskünfte betreffend ihren Pensionskassenfragen erteilte, wechselt an eine andere Arbeitsstelle innerhalb der Stadtverwaltung. Sie war bisher der Personalchefin unterstellt.

Fragen:

1. *Weshalb wurde die Stelle nicht neu ausgeschrieben?*
2. *Wer übernimmt neu diese Aufgaben?*
3. *Welche konkrete Aufgabe hatte die bisherige Stelleninhaberin (konkrete Aufzählung)?*
4. *Wie war die zeitliche Belastung für diese Aufgaben?*
5. *Welche konkreten Aufgaben hat die neue externe Stelle (konkrete Aufzählung)?*
6. *Wie sieht es dort mit der zeitlichen Belastung aus?*
7. *Welche Dienstleistungen an das Personal werden neu nicht mehr angeboten?*
8. *Wie sieht es mit den Kosten aus? Bitte beide Varianten vergleichen!*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

PA
FV

0.2.2 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): Planungsstand der SEK 1 Reform in der Stadt Grenchen

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Die SEK 1 Reform wird in den Jahren 2016 / 2017 in der Stadt Grenchen umgesetzt.

Damit für das Projekt die erwähnten Termine erfüllt werden können, muss (sollte) eine detaillierte Ablaufplanung für die Umsetzung der Reform vorhanden sein.

Es ist an der Zeit, dass der Gemeinderat - aber auch die Eltern - über den aktuellen Planungsstand informiert werden. Die Information sollte im Gemeinderat mindestens halbjährlich erfolgen.

Ich habe folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

- 1. Wie sieht der aktuelle Planungsstand des Projektes «SEK 1 Reform» aus?*
- 2. Welche bauliche Massnahmen müssen umgesetzt werden und bis wann?*
- 3. Mit welchen Kosten für die baulichen Massnahmen muss gerechnet werden?*
- 4. Wie ist der Wissensstand des Lehrpersonals für die geplante Umstrukturierung?*
- 5. Zu welchem Zeitpunkt werden insbesondere die Eltern der betroffenen Kinder informiert?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

GLSG
BD
FV

2.5.0 / acs

Interpellation Remo Bill (SP): «BMX - Pisten» auf Grenchens Strassen? Der Unterhalt gewisser Strassen in der Stadt Grenchen lässt zu wünschen übrig

1. Mit Datum vom 19. August 2014 reicht Remo Bill (SP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

Der Unterhalt der Strassen in der Stadt Grenchen lässt zum Teil zu wünschen übrig. Das ist nicht gut und förderlich für das Image der Stadt. Ich spreche nicht von der Strasse beim Südbahnhof - das Manko dort ist allen bekannt - sondern zum Beispiel von der Däderiz- und Dählenstrasse. Die Mängel sind sichtbar und beim Befahren auch spürbar. Es hat aber auch andere Strassenabschnitte in Grenchen mit den gleichen Mängeln!

Bekanntlich braucht es für die Erschliessung von Gebäuden und Erneuerungen von Werkleitungen (Kanalisation, Strom, Wasser, Gas) Grabarbeiten im Strassennetz. Diese für die Anwohner/-innen sonst schon unangenehmen Arbeiten, werden zum Teil durch «Verzögerungen» in die Länge gezogen. Was aber besonders störend ist, ist die unfachgemässe Instandstellung der erwähnten Strassenabschnitte. Die Steuerzahler Grenchens dürfen erwarten, dass die kostenverursachenden Strassenbauarbeiten durch die SWG fachgerecht ausgeführt werden!

1. *Ist das erwähnte Problem der Stadtverwaltung bewusst?*

Wenn ja: Was wird dagegen unternommen?

2. *Wie werden die Anwohner über den Ablauf und die Termine der Strassenbauarbeiten informiert?*

3. *Gibt es ein Unterhaltskonzept für das Grenchner Strassennetz?*

Wenn ja: Wie sieht das Konzept aus?

4. *Ein einheitlicher Qualitätsstandard auf Grenchens Strassen ist ein Muss!*

Wäre es nicht besser, wenn die Baudirektion die Verantwortung der gesamten Instandstellungs- und Unterhaltsarbeiten des Grenchner Strassennetzes übernehmen würde?

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
SWG
FV

6.2.2 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Gemeinsame Sitzung Gemeinderäte Grenchen und Bettlach vom 23.09.2014

- 1.1. Barbara Leibundgut, Gemeindepräsidentin von Bettlach, und Stadtpräsident François Scheidegger laden die Gemeinderatsmitglieder von Bettlach und Grenchen auf Dienstag, 23. September 2014, 18.00 Uhr, zu einer informellen Austauschsitzung nach Bettlach (Sitzungszimmer Neubau Schulhaus Büelen (Trakt 9) ein.

2. Informationsveranstaltung Windpark vom 04.09.2014

- 2.1. Am 4. September 2014 findet im Jurasaal des Restaurants Parktheater eine Info-Veranstaltung zum Windpark statt.

3. Schliessung Taktlücke Linie 21 ab Fahrplanwechsel 14.12.2014

- 3.1. Stadtpräsident François Scheidegger orientiert, dass das Amt für Verkehr und Tiefbau beim BGU auf den Fahrplanwechsel vom 14. Dezember 2014 die Taktlücke von Montag bis Freitag der Linie 21 Grenchen-Lingeriz-Bahnhof Süd-Studen bestellen wird.

4. Runder Geburtstag von FDP-Gemeinderat Aldo Bigolin

- 4.1. Stadtpräsident François Scheidegger gratuliert Aldo Bigolin nachträglich herzlich zum 50. Geburtstag (am 27.07.). Im Namen des Gemeinderates wünscht er ihm viel Glück und vor allem gute Gesundheit und übergibt ihm eine Flasche Wein.